

aus: Demokratische Geschichte. Bd 1. 1986

Mit fortschreitender Zeit wird die Notwendigkeit und das Bedürfnis spürbarer, die Sonde zeitgeschichtlicher Forschung über das Ende des „Dritten Reiches“ hinaus auf die dann folgenden Jahre zu richten. Die vom Gesetzgeber wahrscheinlich nicht beabsichtigte, überaus restriktive und wissenschaftsfeindliche Handhabung des Datenschutzgesetzes legt solchem Bemühen freilich erhebliche, nur schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg. Um so mehr sollte daran gedacht werden, die zahlreichen noch lebenden Zeitgenossen zu befragen und zum Aufzeichnen ihrer Erinnerungen zu bewegen sowie noch in privater Hand befindliches Quellenmaterial rechtzeitig zu sichern. Man sollte nicht den Fehler wiederholen, diese wichtige Arbeit der professionellen Geschichtsforschung zu überlassen, sondern vor Ort Hand anlegen. Dabei kann die erfreuliche Sensibilität in der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus genutzt werden, ist doch der Fortgang der deutschen Geschichte nach der Befreiung 1945 ohne den Bezug auf die zwölf vorausgegangenen Jahre gar nicht vorstellbar.

Die überraschende Wiederauffindung einer zeitgeschichtlichen Quelle in Kaltenkirchen mag als Beispiel dafür dienen, wie fruchtbar dieses Terrain für den Zeitgeschichtsforscher sein kann. Es handelt sich um das „Protokoll-Buch der S. P. D. Ortsgruppe Kaltenkirchen. Angefangen: 4. April 1946, Geschlossen: 4. Oktober 1949.“ Dieses Dokument liegt in einfacher Heftform vor. Die Eintragungen wurden handschriftlich gemacht. Das Augenmerk soll hier auf den besonderen Aspekt gerichtet werden, wie der soeben wiederbegründete Ortsverein der SPD sich mit dem nationalsozialistischen Erbe in Kaltenkirchen auseinandergesetzt hat und welche Weichenstellung für das politische Bewußtsein dieses Ortsvereins daraus folgte.

Die Eintragungen beginnen mit dem Protokoll der ersten Mitgliederversammlung am 4. April 1946 in der Wohnung von Albert Neumann. 11 Mitglieder waren erschienen.

Punkt 1 der Tagesordnung sah vor die Wahl eines Vorstandes. Zum Ersten Vorsitzenden wurde Albert Neumann einstimmig gewählt. Ausschlaggebend war, daß Neumann schon früher Ortsvereinsvorsitzender gewesen war (Polizeibericht an den Landrat vom 15.11. 1932 – LAS 320 Segeberg, Nr. 674). Auch war er als örtlicher Führer des Reichsbanner hervorgetreten (Kaltenk. Zeitg. v, 12.8. 1929). Zweiter Vorsitzender, wurde Hans Ulrich, Schriftführer Hans Lohr, Kassierer Paul Fliege.

Unter Punkt 2 „*Verschiedenes*“ wurde angeregt und nach „*eingehender Diskussion*“ beschlossen, dem Gemeinderat eine Reihe von Anträgen einzureichen. Dem Schriftführer wurde die endgültige Formulierung der Anträge aufgegeben. Dann sollten sie „*unverzüglich an den Gemeinderat eingereicht werden.*“

Antrag I. „Aufstellung einer neuen Wohnungskommission.“

Die offensichtlich sehr hohe Priorität dieses Punktes leuchtet ein, wenn man bedenkt, daß Kaltenkirchen wie alle Gemeinden im Lande damals mit Ausgebombten, Flüchtlingen und „Displaced Persons“ überbelegt war. Die hieraus resultieren-

Gerhard Hoch
1946—Die
verhinderte
Selbstreinigung
Ein Dokument aus
Kaltenkirchen

den großen sozialen Spannungen zu mildern und einigermaßen gerechte Verhältnisse zu schaffen, war eine der schwierigsten und wichtigsten Aufgaben für Kommunalpolitiker und Verwaltung.

Mit „Wohnungskommission“ dürfte hier die im Protokoll der Gemeinderatssitzungen vom 14. und 18. November 1945 genannte Kommission für „Unterbringung“ gemeint sein. Offenbar empfanden die SPD-Mitglieder die Tätigkeit dieser Kommission als unbefriedigend. Damit richtete sich ihre Kritik gegen deren Mitglieder, die im November 1945 berufen worden waren. Es waren dies die Gemeinderäte Emil Günther (Schneider), Alfred Schrader (Gärtner), Friedrich Regge (Arbeiter, SPD-Mitglied) und Franz Timmermann (Gastwirt). Am 18. November wurde der Ausschuss ergänzt durch die Bürger Ludwig Storjohann (Tischler), Paul Storjohann (Tischler), Werner Offt (Kaufmann) und Alex Siems (Fabrikant). Den Vorsitz führte Schrader.

Mit großer Wahrscheinlichkeit gibt der nächste Antrag Aufschluß über die Gründe der Unzufriedenheit.

Antrag 2a. „Beschlagnahme der Häuser:

Hüttmanns Gasthof, Friseur Wegener, (Bauer) Detlef Gülck, (Holz-Händler) Lohse & Sierk, beide Häuser, Schmalfelder Straße, und Entlastung der Wohnungen für Arbeiter.

Antrag 2b. Doppelte Belegung der Wohnungen aktiver Nazis. "

Bei den genannten Hauseigentümern handelte es sich ausnahmslos um besonders aktive Nationalsozialisten. Von dem ersteren war überdies allgemein bekannt, daß er noch über den Tag der Kapitulation hinaus das Hitler-Bild in der Gaststube verteidigte und keinerlei Sinnesänderung zu erkennen gegeben hatte. Wie in den meisten Gemeinden waren auch in Kaltenkirchen bald nach dem Einrücken der englischen Streitkräfte Häuser von NS-Aktivisten vorübergehend beschlagnahmt worden, um sie mit Besatzungssoldaten oder anderen Personen zu belegen. Dem Antrag muss man entnehmen, daß die Häuser der genannten Personen der Beschlagnahme entgangen waren, während die Wohnungen von Arbeitern offenbar voll herangezogen worden waren. Das wertete man als deutliches Indiz dafür, daß Nazis geschont wurden, wohl weil sie den "angesehenen" Teil der dörflichen Bevölkerung bildeten, während Arbeiter und überhaupt „kleinere Leute“ rücksichtslos belastet wurden. Dies mussten die SPD-Mitglieder, eben erst aus schwerster Bedrückung befreit, als skandalös empfinden. Die Forderung nach Entlastung der Arbeiterwohnungen und nach verstärkter Belegung der Wohnungen aktiver Nazis mußte durchaus nicht aus einem Rachebedürfnis herrühren, wohl aber aus einem Empfinden für ausgleichende Gerechtigkeit. Da Wohnraum zu den elementarsten Bedürfnissen und gleichzeitig zu den knappsten Gütern gehörte, erschien es nur recht und billig, den besonderen Vorkämpfern und Nutznießern des Dritten Reiches ein wenig mehr zuzumuten.

Antrag 3. „Entfernung der weiblichen Angestellten und Faschisten aus dem Gemeindeamt. "

Zunächst einmal muß diese merkwürdige Koppelung entflochten werden. Dem damaligen Bewusstsein entsprechend, empfand es die nur aus Männern bestehende Mitgliedschaft des Ortsvereins als unerträglich, daß Frauen, deren bestimmungsgemäßer Arbeitsplatz doch Haus und Familie zu sein hatte, sichere Arbeitsplätze in der Gemeindeverwaltung innehatten und sie den Männern vorenthielten.

Daß Faschisten aus der Verwaltung entfernt werden sollten, setzt voraus, daß sich solche immer noch im Amt befanden. Die Forderung bezog sich ohne Zweifel auch auf den derzeitigen Gemeindeangestellten Hans Saggau, der, obwohl als Nationalsozialist bekannt, von den Engländern 1945 als erster Nach-kriegsbürgermeister eingesetzt worden war. Wenngleich er im Winter 1945/46 sein Amt abtreten mußte, so blieb er doch viele Jahre lang an verantwortlicher Stelle in der Gemeindeverwaltung tätig und beteiligte sich auch viel später noch an der Verwischung der Spuren nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Kaltenkirchen (siehe G. Hoch: Hauptort der Verbannung, Das KZ-Außenkommando Kaltenkirchen. Bad Segeberg 1981.)

Antrag 4. „Überreichung einer Liste sämtlicher Kriegsgewinnler und aktiver Parteigenossen Kaltenkirchens.“

Hier bleibt unklar, ob der Mitgliederversammlung eine solche Liste bereits vorgelegen hat oder ob sie erst noch aufgestellt werden sollte. Hätte eine solche vorgelegen, wäre sie wahrscheinlich Gegenstand einer besonderen Diskussion gewesen. Von einer solchen ist im Protokoll indessen nicht die Rede. Welchem Zweck eine solche Liste und deren Überreichung an den Gemeinderat dienen sollte; läßt sich nur vermuten. Sie scheint als Grundlage für bestimmte politische und Verwaltungsmaßnahmen gedacht gewesen zu sein, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Bewirtschaft von Wohnraum (vgl. Antrag 2) und mit einer als notwendig angesehenen Selbstreinigung in Verwaltung, Schule und anderen öffentlichen Belangen.

Antrag 5. „Genaue Untersuchung und Rehabilitierung der ermordeten KZ-Häftlinge in Hüttmanns Pferdestall vor der Kapitulation.“

Der Hintergrund zu diesem Antrag ist folgender:

Am 12. April 1945 wurde die Gestapo-Haftanstalt Fuhlsbüttel (Kolafu) geräumt und ein Teil der politischen Häftlinge (13 Frauen und 58 Männer) bald darauf im Konzentrationslager Neuengamme umgebracht. Ein größerer Teil der Insassen wurde am 12. April, mit dem Arbeitserziehungslager Kiel-Russe als Ziel, zu Fuß in Marsch gesetzt. Als erster Übernachtungsort war Kaltenkirchen vorgesehen. Während ein Häftling (Josef Tichy) schon kurz vor dem Ort auf der Straße erschossen wurde, ermordeten die SS-Wachen am folgenden Morgen, unmittelbar vor dem Weitermarsch, im Pferdestall von Hüttmanns Gasthof zwei weitere Häftlinge (Hugo Kockendörfer und Josef Peter Beck; siehe G. Hoch: Zwölf wiedergefundene Jahre. Bad Bramstedt 1981, S. 308-312).

Wieso aber bedurfte es dieses Antrages? Die beiden Ermor-

deten, später auch Tichy, wurden auf dem Kaltenkirchener Gemeindefriedhof beerdigt. Die standesamtlichen Eintragungen für diese beiden als „Sträflinge“ bezeichneten Menschen enthielten zwar das Todesdatum (13. April 1945, 9.30 Uhr), unterschlugen aber die Todesursache. Unterzeichnet wurden die Dokumente vom Amtsvorsteher Dr. med. Walter Schade, zugleich Chef des örtlichen Krankenhauses, und von Hans Saggau. Eine Anzeige wegen gewaltsamer Tötung unterblieb also.

Dieser Antrag bezeugt, wie sehr sich die Genossen damals mit den Opfern des Faschismus verbunden fühlten, wie sie damals offenbar darunter litten, daß so früh schon das allgemeine Vergessen und Verdrängen einsetzte. Man scheint gespürt zu haben, daß sich dieser Trend einmal verhängnisvoll auswirken würde, und versuchte, dem entgegenzuwirken.

Auf der 2. Mitgliederversammlung (19. April 1946 - anwesend 14 Mitglieder) wurden die *„eingereichten Anträge an den Gemeinderat verlesen und für richtig befunden“*. Im Protokoll der 3. Mitgliederversammlung (5. Mai 1946 - anwesend 18 Mitglieder) aber liest man, daß die Anträge wieder zurückgezogen worden seien. Dieser Vorgang leitete offensichtlich einen verhängnisvollen Bruch in dem soeben wiederbelebten Ortsverein ein. Wie ist das zu erklären?

Bereits auf der 2. Versammlung hatte man beschlossen, den damaligen Kreisvorsitzenden, Otto Auhagen aus Henstedt, nach Kaltenkirchen einzuladen. Dieser scheint zugesagt und einen Vortrag angekündigt zu haben. Doch wurde auf der 3. Versammlung festgestellt: *„Auhagen ist wiederum nicht zu unserer Versammlung erschienen, trotzdem wir ihn schriftlich eingeladen hatten.“* Der enttäuschte bis gereizte Unterton in diesem Satz scheint darauf hinzudeuten, daß zwischen dem Kreisvorsitzenden und seinen Kaltenkirchener Genossen gewisse Spannungen bestanden. Offener treten diese zutage in den sich anschließenden Sätzen:

„Nun erfolgt Aussprache über die zurückgezogenen Anträge an die Gemeindevertretung. Genosse Auhagen hatte die Anträge als ‚Wildwest-Anträge‘ bezeichnet.“ Auf welchem Wege Auhagen interveniert hatte, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall wurde durch ihn ein Teil der führenden Personen des Ortsvereins verunsichert und zwar nach beiden Seiten: nach „oben“ in der Parteiorganisation und gegenüber dem politischen Gegner am Ort. Eine Kettenreaktion war die Folge. Die Anträge wurden aus der Hand des Gemeinderates zurückgezogen - ein äußerst peinlicher und demütigender Vorgang. Auf der Mitgliederversammlung am 5. Mai stellte Hans Ulrich sein Amt als zweiter Vorsitzender zur Verfügung mit der Begründung, man habe gegen den Vorstand den Vorwurf erhoben, daß *„selbiger nicht radikal genug vorging“*. Da andere Kontroversen in den Protokollen nicht erkennbar sind, zielte dieser Vorwurf ohne Zweifel auf die Behandlung der fünf Anträge. Diese wurden nun nochmals verlesen, und man beschloss, *„bis auf einige Änderungen sollen selbige nochmals rechtmäßig eingereicht werden“*.

Unmittelbar darauf aber bekundete auch der erste Vorsitzende Neumann, daß er von seinem Amt befreit werden möchte, „*da er nicht in der Lage sei, selbiges zu bekleiden*“. Ihm folgte Schriftführer Lohr. Zwar ließen sich alle Vorstandsmitglieder am Ende bewegen, ihr Amt weiter wahrzunehmen; damit war der Riss jedoch nicht gekittet, auch nicht dadurch, daß sich zum Schluss der Versammlung der ganze Unmut noch einmal gegen seinen Urheber Auhagen richtete: Die Mitglieder verweigerten ihm ihre Zustimmung, sie als Delegierter auf dem Parteitag in Hannover zu vertreten. Das wiederum scheint dieser nicht stillschweigend hingenommen zu haben. *"Auf Grund eines heftigen Zusammenstoßes mit dem ersten Kreisvorsitzenden Otto Auhagen, Henstedt, legt der bisherige Vorstand sein Amt nieder"*, heißt es im Protokoll zur 4. Mitgliederversammlung am 30. Juni 1946. Die sofort vorgenommene Neuwahl brachte lediglich einen Ämtertausch unter den bisherigen Personen.

Von den fünf Anträgen ist in der Folgezeit nie mehr die Rede. Da auch die Akten der Gemeinde keinen Hinweis auf eine wie immer geartete Behandlung enthalten, ist der Schluss zwingend, daß die Partei ihre Anträge ein zweites Mal zurückgezogen hat.

Wenig später wurde der Ortsverein noch mehrmals mit den Schatten der Vergangenheit konfrontiert. Im Rahmen der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches galt die SPD für viele sich belastet fühlende Personen als gute Adresse für ein politisches Leumundszeugnis, damals ‚Persil-Schein‘ genannt. Manch einer war gerne bereit, im Interesse seines Fortkommens dieser Partei und ihren Mitgliedern vorübergehend den Rang einer moralischen Instanz zuzubilligen.

Bei der ersten protokollierten Bitte um ein solches Zeugnis (13.8. 1946) handelte es sich um zwei noch in Kriegsgefangenschaft befindliche Söhne eines Kaltenkirchener Bürgers. Es wurde von den Mitgliedern einstimmig gewährt, wohl, um eine schnellere Entlassung aus der Gefangenschaft zu bewirken. Die Zumutung, dem in Neuengamme internierten früheren stellvertretenden Ortsgruppenleiter und Bürgermeister Hans Möller ein Führungszeugnis auszustellen, stieß jedoch auf ebenso einstimmige Ablehnung (27.8. 1946). Paul Fliege gab schon bei dieser Gelegenheit zu bedenken: *„Wir sollten sehr vorsichtig sein, Zeugnisse überhaupt auszustellen.“*

Aber schon am 29. 10. 1946 setzte man sich über diese Bedenken hinweg und stimmte einem Leumundszeugnis für den langjährig amtierenden Amtsvorsteher und SA-Führer Dr. med. Walter Schade zu. Auf der Versammlung am

26. 1.1947 begab man sich abermals aufs Glatteis, als für einen Hendry Vogt ein solches Zeugnis erbeten worden war. Friedrich Regge wollte der Regel folgen, *„Nazis, welche sich ehrlich aufgeführt haben, sollen ein Zeugnis erhalten“*. Aber was hieß in diesem Zusammenhang schon „ehrlich“? Den Genossen schien ein weiteres Mal aufzugehen, wie leicht sie auf diesem Kurs ins Schleudern geraten konnten. Man beschloß also, den

Antrag Vogt abzulehnen, dann aber auch „in Zukunft alle Leumundszeugnisse abzulehnen“. Das Verhalten der Mitglieder in dieser Sache war nach der argen Erfahrung mit den fünf Anträgen offenbar von Unsicherheit geprägt. Wegweisung oder Richtlinien von der Parteiführung waren ihnen anscheinend nicht zur Hand.

Hilfe hatte man dem „Großen“ (Schade) gewährt, dem „Kleinen“ (Vogt) hingegen verweigert. Als auf der Mitgliederversammlung am 6. 5. 1947 Gen. Harden darüber seinen Unmut äußerte, wurde er vom Vorsitzenden belehrt, daß Dr. Schade schließlich „*allen ein Helfer war*“, was von Vogt niemand sagen konnte. Der war im Dorf weder durch Gutes noch durch Schlimmes je hervorgetreten. Vermutlich war er lediglich SS-Mann gewesen. Der Maßstab war schon verlorengegangen. Dr. Schade war lange vor 1933 SA-Führer gewesen. Mit dem ganzen Gewicht seiner angesehenen Persönlichkeit und seiner Ämter als Krankenhauschef und Verwaltungsleiter hatte er im Sinne der NS-Partei über viele Jahre nachdrücklich auf die Bevölkerung Kaltenkirchens und des weiteren Umlandes eingewirkt und wie nur wenige andere Einfluss ausgeübt. (Auf die Unterschlagung der Todesursache der beiden Kolafu-Häftlinge wurde oben bereits hingewiesen.) Daß darin die eigentliche „Belastung“ zu sehen gewesen wäre, die auch nicht durch sein freundliches Wesen und seine hilfreiche Tätigkeit als Arzt aufgehoben werden konnte, dieses Bewußtsein war den Mitgliedern des Ortsvereins abhanden gekommen. Hendry Vogt war nur ein „kleines Licht“. Für ihn sprachen weder Titel noch Amt noch sonst irgend etwas Vorzeigbares. Auhagen, auf dieser Versammlung selber zugegen, bekräftigte diese Wertverschiebung, indem er Bestrebungen, gegenüber wirklich verantwortlichen Nazis eine gewisse Festigkeit zu zeigen, diffamierte: „*Wir wollen keine Gestapo-Methoden anwenden, sondern es besser machen wie die NSDAP. Diese Handlung wird uns ein Ehrenschild sein.*“ Deutlich verrät sich im letzten Satz überdies das Kalkül, auf den Eindruck nach außen vor allem bedacht zu sein („Ehrenschild“) und nicht so sehr selber aufklärend nach außen zu wirken. Zwei Jahre nach der Zerschlagung des Faschismus in Deutschland bezeichnet ein Kreisvorsitzender die maßvollen Bemühungen einer demokratischen Selbstreinigung als „Gestapo-Methoden“!

Kurz vor dieser Versammlung war die SPD aus der Landtagswahl am 20. 4. 1947 mit 43,8 % der Wählerstimmen als stärkste Partei hervorgegangen – für nur sehr kurze Zeit, wie sich bald herausstellen sollte. In dieser Zeit vollzog sich auch in Kaltenkirchen die Restaurierung überkommener Machtverhältnisse und die Konservierung früherer Denk- und Handlungsschemata. Zahlreich sind die Beispiele dafür. Aber nur wenige fanden das beunruhigend. Zu ihnen gehörte der Sozialdemokrat Freitag. Auf der Mitgliederversammlung am 10. 6. 1947 nahm er das Wort, „*um über die Entnazifizierung und über den Nazigeist*“ zu sprechen. In scharfen Worten warnte er nochmals, auf der Hut zu sein vor dem sich überall rührenden „versteckten Nationalsozialismus“. Der Vorsitzende Ulrich

hielt ihm jedoch entgegen: „Wir sollten nicht Gleiches mit Gleichem vergelten und keine Gestapo-Methoden anwenden dann wären wir und täten wir dasselbe, was die anderen taten.“

Man muß sich hier schon vor Augen halten, was die Nazis auch in Kaltenkirchen wirklich taten: Hier gab es immerhin, allen wohlbekannt, ein KZ-Außenkommando, ein Sterbelager für sowjetische Kriegsgefangene und einiges mehr. Was demgegenüber von einigen Mitgliedern gefordert wurde, war lediglich, einigen besonders belasteten Nazis die Privilegien zu nehmen, sonst nichts, weder Besitz noch Leben. Dies beides auf den Generalnenner „Gestapo-Methoden“ zu bringen, ist kaum nachvollziehbar, sollte sich aber als außerordentlich wirkungsvoll erweisen. Zunächst jedoch mußte sich Ulrich die Zwischenrufe einiger Mitglieder gefallen lassen. Um aber auch die letzten Eiferer und mit ihnen ihr sorgenvolles Anliegen mit Sicherheit zum Schweigen zu bringen, stellte er „die Vertrauensfrage über seine Person und insbesondere seine Geschäftsführung“. Er wurde, wie erwartet, von der Versammlung in seinem Amt bestätigt und mit ihm für die Zukunft auch die Art, mit dem Nationalsozialismus umzugehen. Die dunkle Wolke des folgenschwersten Versäumnisses der deutschen Nachkriegsgeschichte senkte sich auch auf den Ortsverein Kaltenkirchen herab.

Versuchen wir zusammenzufassen, was sich während des kurzen Zeitraumes von 1946 bis 1947 im SPD-Ortsverein Kaltenkirchen zugetragen hat.

Im Mittelpunkt der ersten Mitgliederversammlung der Nachkriegszeit stand die feste Überzeugung, daß die militärische Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands erst der Beginn der inneren Befreiung vom Faschismus gewesen sein kann, daß die Selbstbefreiung jedoch von den nicht-faschistischen Teilen des deutschen Volkes zu leisten sei. Die wiedererstandene SPD durfte sich, auch in Kaltenkirchen, mit Fug und Recht zu dieser Aufgabe berufen fühlen.

Die Mitglieder waren sich dessen bewusst, daß bei der Reichstagswahl im Sommer 1932 bereits 74,4 % ihrer Mitbürger die NSDAP gewählt hatten (Kaltenk. Zeitung v. 1. 8. 1932) und daß die bürgerlichen Kreise, mit nur wenigen Ausnahmen, der Hitler-Partei treu ergeben gewesen waren. Die Mitglieder wussten auch, daß die meisten ihrer Mitbürger von den Sorgen des täglichen Lebens betäubt waren, und daß die große Mehrheit der Bevölkerung, allen voran die wieder tonangebenden Persönlichkeiten, an einer schmerzvollen Bewusstseinsänderung nicht interessiert waren. Aber der Stolz, einer Partei anzugehören, die mit den Kommunisten als einzige einen wesentlichen antifaschistischen Widerstand geleistet hatte, gebot ihnen, die ungeliebte Prozedur einzuleiten.

Ein doppeltes Hindernis baute sich vor ihnen auf. In der Gemeinde selber die mangelnde Fähigkeit und Bereitschaft zu dem, was man später „Trauerarbeit“ nennen sollte. Doch damit musste gerechnet werden. Viel schlimmer und destruktiver war das Eingreifen des eigenen Kreisvorsitzenden. Welche persönlichen Hintergründe und Motive bei Auhagen mit im

¹ Nach Redaktionsschluß wurde bekannt, daß Auhagen zugleich Vertrauensmann der englischen Besatzungsmacht in Sachen Entnazifizierung gewesen war - Mitt. von H. Köpsell und G. Braas - Dieser Tatbestand wirft ein besonderes Licht auf entsprechende Tendenzen der Engländer im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg, läßt aber das Verhalten des SPD-Kreisvorsitzenden Auhagen noch fragwürdiger erscheinen

Spiele waren, wenn er das so absolut notwendige Vorhaben der Kaltenkirchener Genossen als „Wildwest“- oder gar als „Gestapo-Methoden“ abqualifizierte, müsste erst noch untersucht werden. Man darf aber wohl annehmen, daß er das politische Bewußtsein seiner Mitbürger genauso gut kannte wie die Mitglieder in Kaltenkirchen. Doch zog er wahrscheinlich andere Konsequenzen daraus: Will man über Wahlen Mehrheiten gewinnen, dann darf man auf keinen Fall die Wähler verschrecken, dann muss man ihnen unangenehme Wahrheiten lieber vorenthalten, dann darf man ihnen schon gar nicht eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zuzumuten.¹

Was Auhagen in Kaltenkirchen anrichtete, war vor allem dies: Die Genossen ließen sich dazu bewegen, ihre Anträge aus der Hand ihrer triumphierenden und schadenfrohen politischen Gegner zurückzunehmen. Eine schlimmere Bloßstellung und Demütigung war überhaupt nicht vorstellbar, denn das war eine offene Kapitulation vor dem, was der Genosse Freitag als den „versteckten Nationalsozialismus“ bezeichnete. Das Stigma dieser Demütigung blieb über sehr lange Zeit wirksam und spürbar. Der voller Hoffnungen wiederbegründete Ortsverein geriet darüber schon nach wenigen Wochen in eine schwere Zerreißprobe. Die Parallelen zu der Zeit nach 1918 drängen sich auf.

Deformiert wurde auch das damals offenbar noch lebhaftes Gespür für unterschiedliche politische Verantwortlichkeit. In der Leumundsfrage scheint man ursprünglich noch gewusst zu haben, daß ein Dr. Schade ungleich schwerere Verantwortung auf sich geladen hat als der so gut wie unbekanntes Vogt. Die größere Einsichtsfähigkeit und der sehr viel weitere Einflussbereich des Arztes und amtierenden Bürgermeisters verlangen einen strengeren Maßstab als die Entscheidung eines jungen Mannes für die SS, deren Uniform, Ruf und Macht einen namenlosen Dörfler weit über sich selbst und die anderen hinaus hob.

So wurde gewissermaßen auf unterster, kommunaler Ebene eben jener Trend aufgenommen, der überall im Lande hochrangige Mitarbeiter und Zuarbeiter Hitlers in einflussreichen Positionen beließ —, Voraussetzung und Folge zugleich für den sich gleichzeitig steigernden Kalten Krieg.

Was in diesem Beitrag nicht geleistet werden konnte, bleibt Aufgabe weiterer lokaler und regionaler Forschung: Welche parallelen Erscheinungen sind in der Gemeinde Kaltenkirchen nachweisbar? Wie machte sich die hier skizzierte Entwicklung in anderen Gemeinden des Kreises Segeberg spürbar? Wie wurde in anderen Kreisverbänden und Ortsvereinen verfahren? Fragen, die im wahrsten Sinne des Wortes Zeitgeschichte berühren, Vorgänge also, die bis in unsere Tage hineinwirken und deren Kenntnis für das politische Bewußtsein der heute lebenden und handelnden Generation von größter Wichtigkeit sind.